

Anforderungen der jungen Generation an einen nachhaltigen Generationenvertrag

Startpunkt

Die Bundesregierung hat die Kommission „Nachhaltiger Generationenvertrag“ eingesetzt, um einen Vorschlag für eine Weiterentwicklung des Rentensystems zu erarbeiten. Diesem Auftrag kommt eine große Bedeutung zu, da das Rentensystem durch den demographischen Wandel vor großen Herausforderungen steht. Vor allem im Zeitraum 2030 bis 2050 wird sich das Verhältnis zwischen Rentnern und Erwerbstätigen, die über Rentenbeiträge und Steuern die Renten finanzieren, verschlechtern, da die Baby-Boomer jetzt in Rente gehen. Aufgabe der Kommission ist es aus unserer Sicht einen finanziell tragfähigen neuen Generationenvertrag auszuarbeiten, der die Interessen aller Generationen berücksichtigt. Die Interessen der jungen Generation dürfen dabei nicht unter die Räder kommen, auch wenn sie zunehmend die Minderheit der wählenden Bevölkerung darstellt.

Offene Diskussion über längere Lebensarbeitszeit

Zur Neugestaltung des Rentensystems bleiben zunächst die vier großen Stellschrauben Lebensarbeitszeit, Rentenbeitragssatz, Rentenniveau und Steuerzuschuss zur Rentenversicherung. Zusätzlich können begleitende Maßnahmen wie beispielsweise eine höhere Fachkräfteeinwanderung beschlossen werden, die die Kosten des demographischen Wandels dämpfen können.

Aus unserer Sicht es ist für das Zustandekommen eines nachhaltigen neuen Generationenvertrags, der die Interessen aller Generationen berücksichtigt, zwingend nötig, auch über eine Erhöhung des Lebensalters zu sprechen. Tendenzen seitens einiger Koalitionspolitiker, diese Stellschraube von Anfang an auszuklammern, sind aus unserer Sicht nicht akzeptabel. Denn dies würde bedeuten, gleich zu Beginn der Diskussion ein wesentliches Instrument auszuschließen, mit der sich die älteren Generationen an den Kosten der demographischen Herausforderung beteiligen können. Generationengerecht kann ein neuer Generationenvertrag nur sein, wenn er auch längere Lebensarbeitszeiten einschließt. Sonst werden die finanziellen Kosten der wünschenswerten Entwicklung, dass die Menschen in Deutschland immer länger leben, einseitig zu Lasten der jungen Generation verteilt.

Aus unserer Sicht wäre zum Beispiel eine Lösung denkbar, in der das Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung gekoppelt wird. Dabei könnte das Verhältnis 2/3 zu 1/3 lauten: Von drei zusätzlichen Lebensjahren müssten dann zwei Jahre länger gearbeitet werden, während sich die Rentendauer um ein Jahr erhöht.

Weiterer Handlungsbedarf

Je besser es uns als Gesellschaft gelingt, die Kosten des demographischen Wandels zu dämpfen, desto eher werden wir die Verteilungskonflikte um die Neugestaltung des Rentensystems zur Zufriedenheit aller Generationen bewältigen können.

Aus unserer Sicht sollte die Rentenkommission der Bundesregierung deshalb auch die folgenden Maßnahmen betrachten:

- **Fachkräftezuwanderung erhöhen**
Einwanderung von jüngeren, gut ausgebildeten Menschen kann helfen, die Folgen des demographischen Wandels abzuschwächen.
- **Bessere Kinderbetreuung**
Nur so kann sichergestellt werden, dass auch beide Eltern arbeiten können, wenn Sie dies wünschen und dass Alleinerziehende nicht vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind.
- **Bessere Wirtschaftspolitik**
Eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die zum Beispiel mithilfe eines Abbaus bürokratischer Lasten das Wachstum stärkt, kann dazu beitragen, dass wir die Kosten des demographischen Wandels besser stemmen können.
- **Anstieg der Steuerlast stoppen**
Für die jüngere Generation werden die Rentenbeiträge in den nächsten Jahren steigen. Die Steuerlast muss deswegen begrenzt werden, junge Menschen brauchen auch in Zukunft ein auskömmliches Nettoeinkommen, um ins Leben zu starten und privat vorzusorgen.
- **Mütterrente abschaffen**
Ihre Abschaffung würde die Rentenkasse entlasten, so dass mehr Mittel zur Bewältigung des demographischen Peaks zur Verfügung stehen würden. Sozialpolitisch ist die Mütterrente ohnehin ein verfehltes Instrument, das hohe Kosten verursacht, ohne Bedürftigen gezielt zu helfen.
- **Abschaffung der Rente mit 63**
Diese verursacht nicht nur hohe Kosten, sondern entzieht dem deutschen Arbeitsmarkt Fachkräfte und schwächt so das Wirtschaftswachstum.
- **Pensionssystem an die gesetzliche Rente anpassen**
Übertragung aller Änderungen, die zur Anpassung an den demographischen Wandel in der gesetzlichen Renten vorgenommen wurden (z. B. demographische Faktor), auf das Pensionssystem zu übertragen.
- **Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge**
Neben der gesetzlichen Rentenversicherung ist die private Vorsorge eine gute

Ergänzung zur Absicherung künftiger Rentner. Dies umso mehr, da am Aktienmarkt mittel und langfristig hohe Renditen erzielt werden können. Es wäre fahrlässig, diese Möglichkeit zur Stärkung der Altersvorsorge nicht zu nutzen.